

Arbeitsakte

# Akte: Meinungsprüfer - Grenzfälle im Alltag

meinungspruefer-grenzfaelle-alltag

Die ZIP-URL ist stabil und zeigt immer auf die aktuelle Version. Im Akten-ZIP ist das Gesamt-PDF mit enthalten.

Diese Datei bündelt alle Aktenstücke in einem Dokument. Die Einzeldateien liegen im Aktenordner ebenfalls vor.

# Inhaltsverzeichnis

| Teil   | Inhalt                      |
|--------|-----------------------------|
| Teil 1 | Aktenstücke (Markdown) (17) |
| Teil 2 | CSV-Tabellen (1)            |

## Aktenstücke (Markdown)

Datei: 01\_mandantenmail\_erstkontakt.md

### 01 - Mandantenmail Erstkontakt

**Von:** Clara Herbst

**An:** Kanzlei Muster & Kollegen

**Datum:** 18.05.2026, 07:42 Uhr

**Betreff:** Ich soll Sachen löschen, aber ich finde das war Meinung

**Anlagen:** vier Screenshots (PNG), eine PDF-Kopie der Abmahnung, der Polizeibrief als Fotografie

Guten Morgen,

ich brauche kurzfristig eine Einschätzung, weil ich jetzt gleich mehrere Schreiben bekommen habe. Es geht um verschiedene Äußerungen von mir und aus meiner Familie, alle im Zusammenhang mit dem Bauprojekt "Kultursteg am Mühlbach" in Oberkrainbach und außerdem um eine Sache bei meinem Arbeitgeber, der HanseLicht Komponenten GmbH am Standort Bremen.

Ich habe in den letzten Wochen:

1. auf X geschrieben, dass die Stadt die Kosten für den Kultursteg "bewusst schöngerechnet" habe (Account `@klartext\_oberkrainbach`, öffentlich, 418 Follower);
2. in einer Bürgerversammlung gesagt, der Bürgermeister trete bei dem Projekt wie ein "Lackaffe auf der Baustellenbühne" auf (vor ca. 110 Personen plus Lokalblog "Mühlbachblick");
3. auf LinkedIn unter einem Beitrag der NovaWerk GmbH geschrieben, Frau Rupprecht sei der "Pinocchio des Monats", weil sie uns im Projekt "dreimal Liefertermine versprochen" habe;
4. in der Kantine gesagt, Herr Kallweit aus Controlling "trickst die Zahlen zurecht";
5. im Elternchat der Klasse 7b geschrieben, die Schulleitung sei "pädagogisch komplett neben der Spur" und in der nächsten Nachricht angedeutet, die Klassenlehrerin Frau Werning lasse die Klasse "absichtlich auflaufen".

Jetzt habe ich:

- ein Schreiben vom Bürgermeister über die Kanzlei Dr. Barcken & Voss mit Unterlassungsforderung und Frist auf den 22.05.2026, 12:00 Uhr;
- eine Nachricht von Frau Rupprecht, dass sie meinen Kommentar auf LinkedIn ihrem Arbeitgeber gemeldet hat und prüft, ob sie "die Sache jetzt eskalieren lassen muss";
- eine Einladung von HR (HanseLicht) zu einem Gespräch am 19.05.2026 um 10:30 Uhr, mit dem Hinweis, Herr Kallweit habe sich "arbeitsrechtliche Schritte vorbehalten";
- und gestern steckte ein Brief der Polizei Oberkrainbach im Kasten, offenbar wegen Beleidigung, Aktenzeichen "506 Js OWK 1187/26" — die Schreibweise wundert mich;
- zusätzlich eine Mahnung der Klassenlehrerin per Eltern-Rundmail vom 15.05.2026, sie wolle "persönliche Angriffe gegen Kollegen" nicht dulden.

Ich will nicht alles zurücknehmen, weil ich die Kritik in der Sache richtig finde. Aber ich will auch nicht wegen einer Formulierung ein Strafverfahren oder eine Kündigung riskieren. Mein Mann sagt, ich soll alles sofort löschen und mich überall entschuldigen. Eine Kollegin sagt, ich soll mir einen "richtigen Anwalt für Meinungsfreiheit" suchen und schweigen.

Mir ist wichtig:

- Was ist Meinung im Rechtssinn und was Tatsachenbehauptung?
- Wo brauche ich Belege und welche Beweismittel reichen?
- Was kann ich öffentlich stehen lassen?
- Was sollte ich besser löschen, abändern oder klarstellen?
- Wie antworte ich, ohne mich komplett zu entschuldigen, wenn ich die Kritik inhaltlich immer noch richtig finde?
- Riskiere ich eine Verurteilung wegen § 185 oder § 188 StGB?
- Kann mein Arbeitgeber mich wegen der Kantinenäußerung wirklich abmahnen oder kündigen?
- Bleibe ich gegenüber der Schule auf der sicheren Seite, wenn ich künftig nur "der Unterricht ist organisatorisch chaotisch" schreibe?

Ich hänge die Texte und meine Notizen an. Einiges ist hektisch geschrieben und ich weiß nicht mehr bei jedem Satz genau, wer es alles sehen konnte. Bei dem Post auf X habe ich später eine Antwort von @muehlbach\_mitte mit der Frage nach Belegen bekommen — ich habe versprochen, das hochzuladen, bin aber noch nicht dazu gekommen.

Bitte sagen Sie mir auch, ob ich vor dem HR-Termin am Dienstag noch handeln muss. Die US-Tochter unseres Konzerns drängt zusätzlich, weil sie nicht versteht, warum wir die Sache nicht einfach "weglachen" können — Frau Hagedorn, unsere Geschäftsführerin, möchte dazu auch eine kurze Einordnung.

Ich bin heute ganztags telefonisch erreichbar unter 0151-...-...; ab Mittwoch im Homeoffice.

Clara Herbst

Datei: 02\_x\_post\_bauprojekt\_stadtgruen.md

## 02 - X-Post Bauprojekt Stadtgrün

**Account:** @klartext\_oberkrainbach

**Profiltext:** "Clara Herbst, Anwohnerin, Stadtgrün, Radverkehr, kein Parteibuch"

**Datum:** 06.05.2026, 21:13 Uhr

**Sichtbarkeit:** öffentlich

**Follower:** 418

**Thread-Reichweite nach Screenshot (Stand 18.05.2026):** 47 Reposts, 184 Likes, 31 Antworten

**Plattform-Status:** Beitrag aktiv, keine Community-Notiz, kein Hinweis auf eingeschränkte Sichtbarkeit

**Ausgangspost der Stadt Oberkrainbach ( @stadt\_oberkrainbach )**

> Der Kultursteg am Mühlbach macht Oberkrainbach lebenswerter. Die Kosten bleiben im genehmigten Rahmen. Die Fertigstellung ist für Herbst 2026 geplant.

### **Antwort Clara Herbst, 21:13 Uhr**

> "Kosten bleiben im Rahmen" ist schon eine hübsche Märchenerzählung. Die Stadt hat das Ding bewusst schöngerechnet und verkauft uns jetzt Nachträge als Wetterpech. Wer die Unterlagen aus dem Ausschuss gelesen hat, weiß: Das war von Anfang an eine Show.

### **Weitere Antwort von Clara Herbst, 21:27 Uhr**

> Ich sage nicht, dass jemand Geld genommen hat. Ich sage: Die Verwaltung hat die Risiken so klein gerechnet, bis der Rat ja sagen konnte. Wer "unwahrscheinlich" schreibt, obwohl direkt daneben "wahrscheinlich" steht, kann das hinterher schlecht als Bauchgefühl abtun.

### **Antwort Nutzer `@muehlbach\_mitte`, 21:31 Uhr**

> Hast du dafür Belege oder nur Bauchgefühl?

### **Antwort Clara Herbst, 21:34 Uhr**

> Belege: Vorlage 42/2025, Anlage 3, Seite Kostenrisiken. Da steht "unwahrscheinlich", obwohl der Bodenbericht direkt daneben anderes sagt. Ich lade das morgen hoch.

### **Antwort Nutzer `@buergerblick\_okb`, 21:48 Uhr**

> Genauso geht es immer. Die schönen Renderings in der Eröffnungsfeier, die Wahrheit auf S. 73 der Nachtragsliste. Danke fürs Hochladen.

### **Antwort Nutzer `@KopfFrei\_72` (Profil ohne Foto, 22 Follower), 22:02 Uhr**

> Wenn ihr die echten Zahlen wissen wollt, fragt mal Wulfenroth bei seinem nächsten Auftritt, ob er den Bauvertrag nicht mal an einen Freund verschoben hat. Ich höre da so einiges aus dem Rathaus.

### **Antwort Clara Herbst, 22:09 Uhr**

> @KopfFrei\_72 Das schreibe ich so nicht. Ich behaupte keine Vorteilsnahme. Mir geht es darum, dass die Kostenkalkulation aus meiner Sicht beschönigt wurde. Bitte keine Korruptionsvorwürfe in meinem Thread.

### **Repost durch `@radentscheid\_bayern\_ost`, 07.05.2026, 06:38 Uhr**

> Zitat: "Risiken so klein gerechnet, bis der Rat ja sagen konnte." Genau das passiert seit Jahren mit kommunalen Bauprojekten. (12 weitere Reposts ab Mittag, darunter ein lokaler Journalist, ein FDP-Stadtrat aus dem Nachbarlandkreis.)

### **Direktnachricht eines Mitarbeiters der Stadtverwaltung, 07.05.2026, 09:11 Uhr (DM, anonym)**

> Frau Herbst, ich kann Ihnen nicht offiziell helfen, aber die Risikoeinstufung in der Vorlage stammt nicht von der Bauverwaltung, sondern wurde nach einer politischen Vorbesprechung "geglättet". Mehr darf ich nicht schreiben. Bitte zitieren Sie mich nicht.

## Notiz der Mandantin

Ich habe die Vorlage aus dem Ratsinformationssystem. Den Bodenbericht habe ich als PDF, aber der ist 96 Seiten und ich finde die Stelle gerade nicht. Ich wollte nicht behaupten, dass jemand privat Geld genommen hat. Mir ging es darum, dass die Risiken aus meiner Sicht politisch kleingemacht wurden. Die DM des Mitarbeiters habe ich nicht weiterverbreitet — aber bestätigt sie nicht meine Linie?

## Anwaltliche Notiz am Rand

Der Whistleblower-Hinweis (DM) ist juristisch heikel: er stützt die Tatsachenbehauptung "bewusst", schafft aber selbst kein Beweismittel im Prozess. Vor Verwendung Identifizierungs- und Quellenschutzfrage klären. Vor allem nicht zitieren, solange der Hinweisgeber nicht abgesichert ist.

Datei: 03\_linkedin\_pinocchio\_projektleitung.md

## 03 - LinkedIn Pinocchio Projektleitung

**Plattform:** LinkedIn

**Post der NovaWerk GmbH:** "Wir liefern Verlässlichkeit in komplexen Infrastrukturprojekten."

**Datum Unternehmenspost:** 09.05.2026, 08:15 Uhr

**Kommentar Clara Herbst:** 09.05.2026, 18:02 Uhr

**Sichtbarkeit:** öffentlich, unter Unternehmenspost

**Betroffene Person:** Projektleiterin Miriam Rupprecht, NovaWerk GmbH (Profil mit ca. 2.400 Kontakten)

**Screenshot Stand 17.05.2026:** zeigt 187 Reaktionen auf den Hauptpost, 19 Reaktionen auf Claras Kommentar, 14 Antworten

### Kommentar Clara Herbst

> Miriam Rupprecht ist für mich der Pinocchio des Monats. Erst "Lieferung Ende März", dann "ganz sicher im April", jetzt "wegen externer Faktoren offen". Wer dreimal Verlässlichkeit verspricht und dreimal anders liefert, sollte nicht mit Verlässlichkeit werben. #Bauprojekte #Verlaesslichkeit

### Antwort Miriam Rupprecht, 09.05.2026, 19:48 Uhr

> Frau Herbst, ich fordere Sie auf, diese persönliche Beleidigung zu löschen. Sie wissen genau, dass die Verzögerung an der geänderten Statikfreigabe der Stadt lag und nicht an mir. Ich behalte mir rechtliche Schritte vor und habe diesen Kommentar bereits an die Compliance-Abteilung der NovaWerk gemeldet.

### Antwort Clara Herbst, 09.05.2026, 20:11 Uhr

> Dann schreiben Sie doch genau das statt PR-Sätze. Ich kritisiere Ihre Kommunikation, nicht Ihre Person. Der Vergleich mit Pinocchio ist Stilmittel, kein Vorwurf einer Straftat.

### Antwort Nutzer "Jens R.", Mitarbeiter NovaWerk, 09.05.2026, 21:30 Uhr

> Frau Herbst, das ist eine arbeitsrechtlich relevante Schmähung einer Kollegin. Eine Pinocchio-Bezeichnung impliziert Lüge. Sie wissen, dass die Verzögerungen extern verursacht waren.

### Antwort Clara Herbst, 09.05.2026, 21:42 Uhr

> "Pinocchio" ist eine Figur aus einem Kinderbuch, kein juristischer Vorwurf. Es zeigt, dass Ankündigung und Ergebnis auseinanderfallen. Wer das nicht aushält, sollte keine "Verlässlichkeit"-Werbung schalten.

## **Interne LinkedIn-Nachricht von Miriam Rupprecht an Clara Herbst, 10.05.2026, 08:02 Uhr**

> Frau Herbst, ich bitte Sie ein letztes Mal: Löschen Sie den Kommentar bis 12.05.2026, 18:00 Uhr. Ansonsten wird die NovaWerk-Rechtsabteilung tätig. Ich werde diese öffentliche Bezeichnung als "Pinocchio" nicht hinnehmen — ich habe nichts gelogen. Die Verzögerung lag bei der Stadt.

## **Interne Notiz Mandantin**

Die Mandantin hat E-Mails von NovaWerk:

- 28.03.2026: "Material steht bereit, Montagefenster folgt kurzfristig." (gez. M. Rupprecht)
- 12.04.2026: "Wir rechnen in KW 17 mit Abschluss." (gez. M. Rupprecht)
- 02.05.2026: "Termin offen wegen Freigabe." (gez. Sekretariat NovaWerk)

Es gibt keine E-Mail, in der Frau Rupprecht persönlich "ganz sicher im April" schreibt. Das sagte nach Mandantenangabe ein Mitarbeiter (Name unbekannt) telefonisch am 02.04.2026. Eine Gesprächsnotiz hat die Mandantin nicht angefertigt.

## **Beobachtung der Kanzlei**

Der Pinocchio-Vergleich ist juristisch heikler als der "Lackaffe"-Fall: er adressiert nicht den Stil einer Person, sondern den Wahrheitsgehalt ihrer Aussagen. Das verschiebt die Äußerung in Richtung Tatsachenkern (= Behauptung wiederholter Falschangaben). Risiko: aus zivilrechtlicher Sicht Unterlassungsanspruch denkbar; strafrechtlich eher § 186 StGB als § 185 StGB. Vor Schritte-Empfehlung: Versionsabgleich der Korrespondenz und Klärung, wer die Aussage "ganz sicher im April" tatsächlich gegeben hat.

Datei: 04\_kantine\_gespraechsnotiz\_betrieb.md

# **04 - Kantine Gesprächsnotiz Betrieb**

**Unternehmen:** HanseLicht Komponenten GmbH, Standort Bremen

**Konzernstruktur:** Tochter der HanseLicht International AG, US-Tochter "HanseLicht USA Inc." in Boston (für 13\_rechtsvergleich\_usa\_notiz.md relevant)

**Mandantin:** Clara Herbst, Team Einkauf (seit 2019, unbefristet, EG 11)

**Betroffener:** Bereichsleiter Controlling, Thomas Kallweit (seit 2022, direkt unterstellt der CFO Frau Hagedorn-Wibbel)

**Datum:** 13.05.2026, ca. 12:20 Uhr

**Ort:** Kantine, Tisch am Fenster

**Anwesend:** Clara Herbst, Jan Melzer (Einkauf), Tabea Kroll (Buchhaltung), ein unbekannter Kollege aus Logistik (vermutlich Praktikant)

**Lautstärke / Kontext:** normale Tischlautstärke, mind. zwei weitere Tische in unmittelbarer Hörnähe (eingeschätzt durch Mandantin)

## Rekonstruktion nach Clara Herbst

Jan sagte, die neue Deckungsbeitragsrechnung erkläre plötzlich, warum Einkauf "zu teuer" sei. Ich sagte:

> Kallweit trickst die Zahlen zurecht, damit sein Sparprogramm gut aussieht.

Tabea fragte:

> Meinst du falsch gerechnet?

Ich sagte:

> Nein, eher so hingeschoben, dass die Geschäftsführung nur noch die Hälfte sieht.

Jan ergänzte:

> Naja, die Frachten waren letzte Woche noch bei uns, jetzt sind sie weg.

Ich sagte:

> Eben. Wenn du Posten zwischen Kostenstellen verschiebst und niemand merkt es, machst du dein eigenes Sparprogramm gut.

Am Nachmittag, gegen 16:45 Uhr, bekam ich eine Teams-Nachricht von HR (Frau Brösel, HR Business Partner):

> Frau Herbst, bitte erscheinen Sie morgen 10:30 Uhr zu einem Gespräch. Hintergrund sind ehrverletzende Aussagen über Herrn Kallweit in der Kantine, von denen wir Kenntnis erhalten haben. Herr Kallweit behält sich arbeitsrechtliche Schritte vor. Bitte bringen Sie keinen Anwalt mit; das ist zunächst ein informelles Gespräch.

Ich habe um 17:02 Uhr zurückgeschrieben:

> Sehr geehrte Frau Brösel, ich werde teilnehmen, möchte aber wissen, ob Sie eine Ankündigung des Themas konkretisieren können. Außerdem werde ich Herrn Vogt vom Betriebsrat informieren.

Frau Brösel antwortete um 17:14 Uhr nur kurz:

> Termin bleibt. Betriebsrat ist nicht erforderlich.

## Sachlicher Hintergrund nach Mandantin

Es gibt seit Frühjahr 2026 Streit über eine interne Kostenumlage. In einer Excel-Datei (Pfad "P:\Controlling\Reporting\Q1\_2026.xlsx") wurden Frachtkosten aus dem Einkauf in eine Sammelposition "zentral" verschoben. Clara meint, dadurch sieht ihr Team in der Vorstandsvorlage schlechter aus, weil die Einkaufsmarge optisch sinkt. Sie hat aber keinen Beweis, dass Herr Kallweit das bewusst und in Täuschungsabsicht gemacht hat. Sie hat:

- die Excel-Version vom 02.05.2026 (Sammelposition "zentral" = 42.100 EUR),
- eine spätere Version vom 10.05.2026 (Sammelposition "zentral" = 0 EUR, Differenz nun in Einkaufsfrachten),
- eine Erinnerung an eine Besprechung am 04.05.2026, in der Kallweit sagte, "wir müssen das mal ordentlich zuordnen".

Eine systematische Bewertung durch Wirtschaftsprüfer oder Revision gibt es nicht. Auch keine schriftliche Beschwerde von Clara an die Vorgesetzten — sie hatte vor der Kantinenäußerung nur einmal kurz mit ihrer Teamleitung darüber gesprochen.

## Mandantenwunsch



Ich will im HR-Gespräch nicht so tun, als hätte ich gelogen. Ich will sagen, dass ich es zugespitzt habe und fachlich erklären kann, warum die Zahlen aus meiner Sicht falsch wirken. Aber ich will nicht freiwillig in eine Abmahnung oder gar Kündigung laufen.

## Bewertungshinweis Kanzlei (vorläufig)

Die Aussage hat einen klaren Tatsachenkern ("trickst die Zahlen zurecht") und eine konkrete identifizierbare Person — schwieriger als der Bürgermeister-Fall. Mögliche Anspruchsgrundlagen für den Arbeitgeber: arbeitsvertragliche Nebenpflicht zur Rücksichtnahme (§ 241 II BGB), ggf. § 1 KSchG nach Abmahnung. Tipp an Mandantin: Im Gespräch zugeben, dass die Wortwahl überzogen war; in der Sache aber bei den Zahlen bleiben; Betriebsrat trotz HR-Hinweis informieren (§ 82 II BetrVG, Anhörung) und Versetzungs- oder Anzeigeleistung gegen Compliance-Hotline aktiv vermeiden, solange nicht abgesichert.

Datei: 05\_elternchat\_schule\_auszug.md

## 05 - Elternchat Schule Auszug

**Schule:** Theodor-Fontane-Gesamtschule Oberkrainbach (staatliche Schule, Schulleiterin Dr. Hofbauer)

**Klasse:** 7b (28 Schülerinnen und Schüler)

**Chat:** "7b Eltern Austausch" (WhatsApp-Gruppe, Administrator Tobias R.)

**Mitglieder:** 23 Elternteile, davon 4 als "stille Mitleser" markiert

**Datum des Auszugs:** 14.05.2026, 19:10 bis 20:05 Uhr

**Anlass:** Mathearbeit vom 13.05.2026, Klassendurchschnitt 4,3 (Aussage Klassenlehrerin)

### Auszug

**Nora B., 19:10 Uhr:** Hat noch jemand das Gefühl, dass die Mathearbeit unfair war? Ich finde, da kamen Aufgaben dran, die so im Unterricht nicht geübt wurden.

**Frank D., 19:12 Uhr:** Bei uns auch. Sohn hat zwei Stunden geweint.

**Clara Herbst, 19:14 Uhr:** Ja. Die Schulleitung ist pädagogisch komplett neben der Spur. Erst "individuelle Förderung", dann eine Arbeit mit Aufgaben, die nie geübt wurden.

**Mehmet A., 19:15 Uhr:** Vorsicht, das liest vielleicht jemand mit. Wir haben hier auch Eltern, die mit der Schulleitung gut können.

**Clara Herbst, 19:16 Uhr:** Soll es ruhig. Ich habe langsam den Eindruck, Frau Werning lässt die Klasse absichtlich auflaufen, damit die Förderstunden gestrichen werden können.

**Nora B., 19:18 Uhr:** Absichtlich?

**Clara Herbst, 19:19 Uhr:** Okay, "absichtlich" weiß ich nicht. Aber es wirkt so. Jedenfalls ist das organisatorisch ein Trauerspiel.

**Hannes S., 19:25 Uhr:** Bei uns hat Frau Werning sehr viel Mühe mit den Kindern. Bitte nicht so überzogen.

**Clara Herbst, 19:27 Uhr:** Ich werfe ihr nichts Persönliches vor. Ich kritisiere, dass die Aufgaben nicht passten.

**Tobias R., 19:48 Uhr:** Ich schreibe morgen der Schulleitung. Wer mitzeichnen will, bitte melden.

**Petra L., 19:55 Uhr:** Ich nicht. Ich möchte mit der Lehrerin in Ruhe sprechen.

**Clara Herbst, 20:02 Uhr:** Tobias, ich unterschreibe — aber bitte nicht den Satz "absichtlich auflaufen" zitieren. Das war zugespitzt im Chat. In einer förmlichen Beschwerde will ich das nicht so schreiben.

## **Nachtrag — E-Mail Klassenlehrerin Frau Werning, 15.05.2026, 07:24 Uhr**

> Sehr geehrte Eltern, > > mir wurden Auszüge aus Ihrer Chatgruppe weitergeleitet. Ich bitte dringend darum, persönliche Vorwürfe gegen Kolleginnen und Kollegen in Gruppenchats zu unterlassen. Die Behauptung, Lehrkräfte ließen Kinder absichtlich auflaufen, ist ehrverletzend und unwahr. Ich behalte mir vor, bei Wiederholung schulrechtliche und ggf. persönliche Schritte zu prüfen. > > Für sachliche Rückmeldungen zur Mathearbeit stehe ich gerne zur Verfügung. Ein Klassenelternabend findet am 22.05.2026 statt. > > Mit freundlichen Grüßen > Stefanie Werning, Klassenlehrerin 7b

## **Antwort der Schulleitung Dr. Hofbauer, 15.05.2026, 14:08 Uhr (cc an alle Eltern)**

> Sehr geehrte Eltern der Klasse 7b, > > ich teile die Bitte von Frau Werning. Ehrverletzende Aussagen in Eltern-Chats können den Schulfrieden nachhaltig stören. Bitte richten Sie konkrete Kritik unmittelbar an mich oder die Lehrkraft. > > Hinweis: Sollten weitere unsachliche Äußerungen die Schulleitung erreichen, prüfen wir, ob ein Hausverbot gegen einzelne Erziehungsberechtigte für den Schulhof in Betracht kommt. Außerdem behalten wir uns vor, das Schulamt einzuschalten. > > Mit freundlichen Grüßen > Dr. Margaretha Hofbauer, Schulleiterin

## **Mandantennotiz Clara Herbst, 15.05.2026, 22:30 Uhr**

Die Antwort der Schulleitung wirkt drohend. Ein "Hausverbot" wegen Chat-Beiträgen finde ich überzogen. Mein Kind ist auf dieser Schule. Ich will eine Beschwerde formulieren, ohne die Lehrkraft persönlich anzugreifen. Ich will aber nicht einräumen, dass die Kritik an der Arbeit komplett falsch war. Außerdem möchte ich wissen: Darf die Schulleitung ein Hausverbot aussprechen, weil ich im Eltern-Chat etwas geschrieben habe? Das wäre doch ein Eingriff in meine Rolle als Erziehungsberechtigte.

## **Anwaltliche Notiz**

Doppeltes Problem: 1) Äußerungsrechtlich der "absichtlich"-Satz (Tatsachenbehauptung über innere Tatsache, Beleidigung möglich), 2) Schulrechtlich Eingriff durch Hausverbot. Strategie: Klarstellung im Chat + Beschwerde an Schulleitung in Sache, aber ohne Wiederholung des "absichtlich"-Satzes. Hausverbot wäre Verwaltungsakt, anfechtbar nach BayVwGO.

Datei: 06\_buergermeister\_lackaffe\_buergerversammlung.md

# **06 - Bürgermeister, "Lackaffe" und Bürgerversammlung**

**Veranstaltung:** Bürgerdialog Kultursteg am Mühlbach

**Veranstalter:** Stadt Oberkrainbach, Eintritt frei, Aufzeichnung durch Lokal-TV "OK1" angekündigt (Hinweisschild am Eingang)

**Ort:** Aula der Realschule Oberkrainbach

**Datum:** 15.05.2026, 19:30 bis ca. 21:50 Uhr

**Teilnehmende:** ca. 110 Bürgerinnen und Bürger, Verwaltung (5 Personen), Planungsbüro PaG.dialog (2 Personen), Lokalblog "Mühlbachblick" (Reporter Herr Saßmann), Lokal-TV "OK1" (Kameramann und Tonassistenten)

**Betroffener:** Bürgermeister Eberhard Wulfenroth (parteilos, seit 2020, in seiner ersten Amtszeit)

**Wortprotokollantin:** keine offiziell, aber Mitschnitt durch OK1 vorhanden; Stenografie Frau Klein (Anwohnerin, ehrenamtlich)

## **Protokollnotiz Clara Herbst**

Der Bürgermeister zeigte auf der Bühne neue Renderings und sagte, das Projekt sei "ein Zeichen für modernes Oberkrainbach". Er bedankte sich beim Planungsbüro für die "transparente Begleitung".

Mehrere Leute fragten nach Kosten, aber er verwies immer auf "laufende Abstimmungen" und sagte:

> Die Kostenfrage werden wir abschließend im Bauausschuss klären. Heute geht es um Vision.

Eine Frau in Reihe 4 (mir unbekannt) rief dazwischen:

> Heute geht es um Geld!

Ich meldete mich gegen 20:42 Uhr per Wortmeldung und sagte ins offene Mikrofon:

> Herr Wulfenroth, Sie treten hier auf wie ein Lackaffe auf der Baustellenbühne. Schöne Bilder, schöne Schuhe, aber keine saubere Antwort auf die Kostenfrage. Wir brauchen Zahlen, nicht Show.

Einige Leute lachten. Mindestens drei Personen applaudierten. Herr Wulfenroth sagte:

> Ich lasse mich hier nicht beleidigen. Frau Herbst, ich kenne Sie auch aus dem X-Forum.

Ich sagte:

> Dann beantworten Sie bitte die Frage: Welche Nachträge sind seit Februar bekannt?

Wulfenroth antwortete:

> Frau Herbst, ich werde mit Ihnen heute nicht über X-Beiträge sprechen. Aber ich werde rechtliche Schritte prüfen.

Daraufhin Zwischenrufe ("Das ist doch Bürgerdialog!" / "Kosten!"). Der Moderator (Herr Saßmann) bat um Sachlichkeit. Die Veranstaltung wurde gegen 21:50 Uhr ohne Antwort auf die Kostenfrage beendet.

## **Blogbericht "Mühlbachblick" vom 16.05.2026, 09:00 Uhr**

Überschrift:

> Bürgerdialog eskaliert: "Lackaffe" für Bürgermeister

Auszug:

> Die Anwohnerin Clara Herbst griff Bürgermeister Wulfenroth persönlich an und nannte ihn einen "Lackaffen". Wulfenroth kündigte an, Beleidigungen nicht hinzunehmen. Inhaltlich blieb die Kostenfrage offen. > > Mehrere Teilnehmer berichten, dass die Verwaltung Nachträge in Höhe von rund 230.000 Euro bislang nicht öffentlich erwähnt habe. Eine Anfrage des Mühlbachblicks beim Stadtbauamt blieb bis Redaktionsschluss unbeantwortet.

## **Bericht Lokal-TV "OK1" Nachrichtensendung vom 16.05.2026, 18:30 Uhr (Transkript-Auszug)**

> Sprecherin: "Hitzige Stimmung in Oberkrainbach: Beim Bürgerdialog zum Kultursteg verglich eine Anwohnerin den Bürgermeister mit einem 'Lackaffen auf der Baustellenbühne'. Wulfenroth selbst wollte sich nach der Veranstaltung gegenüber OK1 nicht äußern, sagte aber, er werde 'das prüfen lassen'."

## **Augenzeugenkommentar Herr Wenig (Anwohner, 70, im Saal), notiert von Mandantin per WhatsApp am 17.05.2026**

> Frau Herbst, ich finde, Sie haben das richtige Wort getroffen. Er stand da wie aufgeplustert. Aber juristisch wissen Sie ja, dass Politiker einiges aushalten müssen, wir aber auch nicht alles sagen dürfen. Falls Sie einen Zeugen brauchen: Ich war neben Ihnen.

## **Hinweis Polizeibericht (über offiziellen Polizeibericht der Polizeiinspektion Oberkrainbach, abgerufen 18.05.2026)**

> Im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung in der Realschule Oberkrainbach am 15.05.2026 kam es zu einer Beleidigung gegen den Bürgermeister. Es wurde Strafanzeige gestellt. Ermittlungen laufen.

## **Anwaltliches Schreiben**

Siehe Datei 08\_abmahnung\_und\_aufforderung.md.

Datei: 07\_belegmappe\_tatsachenkern.md

# **07 - Belegmappe Tatsachenkern**

## **A. Ratsvorlage 42/2025 - Auszug nach Mandantin**

### **Punkt 4.3 Kostenrisiken**

> Bodenrisiken werden nach Auswertung der Vorerkundung als unwahrscheinlich bewertet. Eine Kostenreserve von 3 Prozent erscheint ausreichend.

**Mandantennotiz:** Im Bodenbericht steht aber "heterogene Auffüllungen" und "Wasserhaltung wahrscheinlich". Ich finde das ist nicht unwahrscheinlich.

## **B. Bodenbericht GeoPlan - Notizauszug**

### **Seite 27**

> Im Bereich Achse 2 wurden Auffüllungen mit Ziegelbruch, Schlackeanteilen und wechselnder Lagerungsdichte festgestellt.

### **Seite 41**

> Bei Baugrubentiefe über 1,20 m ist mit temporärer Wasserhaltung zu rechnen.

## **C. Nachtragsliste Bauausschuss**

**Stand 03.05.2026**

| Position                    | Betrag netto | Begründung                           |
|-----------------------------|--------------|--------------------------------------|
| Wasserhaltung<br>Baustufe 1 | 86.400 EUR   | Grundwasser höher als<br>Planannahme |

| Position                      | Betrag netto | Begründung                   |
|-------------------------------|--------------|------------------------------|
| Bodenaustausch Achse 2        | 119.800 EUR  | Auffüllungen nicht tragfähig |
| Verkehrssicherung Mühlbachweg | 24.300 EUR   | Zusatzauflage Ordnungsamt    |

## D. Projektmail NovaWerk

**28.03.2026**

> Das Material steht bereit; Montagefenster folgt kurzfristig nach Freigabe.

**12.04.2026**

> Wir rechnen derzeit in KW 17 mit Abschluss der Montage.

**02.05.2026**

> Der Termin ist offen, weil die Statikfreigabe der Stadt noch nicht abschließend vorliegt.

## E. Excel Controlling HanseLicht

**Version 02.05.2026**

- Frachtkosten Einkauf: 184.200 EUR
- Sammelposition "zentral": 42.100 EUR

**Version 10.05.2026**

- Frachtkosten Einkauf: 226.900 EUR
- Sammelposition "zentral": 0 EUR

**Offene Frage:** Wer hat umgebucht und warum?

## F. Schulunterlagen

- Elternbrief vom 10.05.2026: Mathearbeit enthält "Transferaufgaben".
- Heft des Kindes: ähnliche Aufgaben nur einmal kurz im Unterricht.
- Klassenarbeit (Original, gescannt): Aufgabe 4 mit Bruchrechnung mit Variablen, dazu keine Übungsblätter erkennbar.
- Notenstatistik: Durchschnitt 4,3 (Auskunft Klassenlehrerin), zur Vergleichbarkeit fehlen Daten aus Parallelklasse 7a.
- Keine Belege für Absicht der Lehrkraft.

## G. Whistleblower-Hinweis (X-Direktnachricht)

- DM vom 07.05.2026, 09:11 Uhr, Profil "@OkbInsider" (Profil seit 11/2025, 4 Follower, keine eigenen öffentlichen Posts):

> "Die Risikoeinstufung in der Vorlage stammt nicht von der Bauverwaltung, sondern wurde nach einer politischen Vorbesprechung 'geglättet'. Bitte zitieren Sie mich nicht."

- Aus Sicht der Mandantin glaubwürdig (verwendet Insider-Begriff "geglättet", den nur Bauverwaltung verwendet).

- Aus anwaltlicher Sicht: nicht zur Verwendung im Schriftsatz tauglich; Quellenschutz und Identifizierungsrisiko.

## H. Korrespondenz HanseLicht

- Teams-Nachricht HR (Frau Brösel) an Clara Herbst vom 13.05.2026, 16:45 Uhr: Aufforderung zum HR-Gespräch am 14.05.2026, 10:30 Uhr.
- Antwort Mandantin 17:02 Uhr: Bitte um Themenbestätigung, Hinweis Betriebsratsinformation.
- Antwort Brösel 17:14 Uhr: "Termin bleibt. Betriebsrat ist nicht erforderlich."
- Anlage Excel-Vergleich: zwei Versionen mit Differenz in Sammelposition.

## I. Polizeischreiben Oberkrainbach

- Aktenzeichen "506 Js OWK 1187/26" — Form auffällig: "OWK" ungewöhnlich, möglicherweise Wahrscheinlichkeit für interne Vorgangsnummer der PI; im Schriftsatzentwurf gegenüber StA als "Js"-Nummer und mit Hinweis auf den richtigen Aktenzeichenstandard formulieren.
- Anhörungsfrist 31.05.2026.

## J. Lücken / offene Punkte

- Kein vollständiger Bodenbericht in der Belegmappe — nur die zitierten Seiten 27 und 41.
- Keine durchsuchbare Version der Ratsvorlage 42/2025 (nur PDF mit Bildebene).
- Keine Tonaufnahme der Bürgerversammlung — auf OK1-Mitschnitt warten (Anfrage gestellt 17.05.2026).
- Keine schriftliche Vermerkung der Telefon-Aussage "ganz sicher im April" eines NovaWerk-Mitarbeiters.
- Identität "@KopfFrei\_72" (Korruptionsvorwurf in Claras Thread) ungeklärt — abgrenzungsrelevant.

Datei: 08\_abmahnung\_und\_aufforderung.md

# 08 - Abmahnung und Aufforderung

**Kanzlei Dr. Barcken & Voss** Marienstraße 4, 92637 Oberkrainbach Telefon 09623 ... Telefax 09623 ...

**Datum:** 17.05.2026

**Unser Zeichen:** BV-146/26-WU

**beA-Versand und Einschreiben**

An Frau Clara Herbst Lerchengasse 11 92637 Oberkrainbach

## **Betreff: Beleidigende und rufschädigende Äußerungen über Herrn Bürgermeister Eberhard Wulfenroth**

Sehr geehrte Frau Herbst,

wir vertreten Herrn Bürgermeister Eberhard Wulfenroth, Marktstraße 1, 92637 Oberkrainbach. Vollmacht liegt anwaltlich versichert vor.

Sie haben unseren Mandanten am 15.05.2026 im Rahmen des Bürgerdialogs zum Kultursteg am Mühlbach vor ca. 110 anwesenden Personen — Verwaltung, Presse, Lokal-TV (OK1) eingeschlossen — als "Lackaffen auf der Baustellenbühne" bezeichnet. Zusätzlich haben Sie über den Kurznachrichtendienst X (Account @klartext\_oberkrainbach, Beitrag vom 06.05.2026, 21:13 Uhr) öffentlich verbreitet, die Stadt habe das Projekt "bewusst schöngerechnet" und in einer weiteren Antwort eine "Show" beschrieben.

Diese Äußerungen sind unzulässig. Sie überschreiten die Grenzen sachlicher Kritik, verletzen unseren Mandanten in seiner persönlichen Ehre und erfüllen nach unserer Auffassung den Tatbestand der Beleidigung (§ 185 StGB) und der üblen Nachrede gegen Personen des politischen Lebens (§ 188 Abs. 1 StGB). Der Vorwurf bewusster Schönrechnung enthält zudem den Verdacht manipulativen und pflichtwidrigen Verwaltungshandelns; er ist als Verdachtsberichterstattung gegen einen Amtsträger geeignet, die Vertrauensbasis zwischen Bürgerschaft und Verwaltung zu erschüttern.

Soweit Sie sich auf Art. 5 Abs. 1 GG berufen sollten, weisen wir vorsorglich darauf hin, dass auch die Meinungsfreiheit ihre Grenzen in den allgemeinen Gesetzen, im Recht der persönlichen Ehre und im Sachlichkeitsgebot bei Tatsachenbehauptungen findet. Der Vergleich mit einem Tier ("Lackaffe") ist als Formalbeleidigung anerkannt und nicht durch Wahrnehmung berechtigter Interessen (§ 193 StGB) gedeckt.

Wir fordern Sie daher auf,

1. die Äußerung "Lackaffe auf der Baustellenbühne" nicht zu wiederholen;
2. den X-Beitrag vom 06.05.2026 nebst der Folgeantwort vom 21:27 Uhr unverzüglich zu löschen;
3. eine strafbewehrte Unterlassungserklärung beigefügter Form bis 22.05.2026, 12:00 Uhr abzugeben (Vertragsstrafe in das billige Ermessen des Berechtigten, mindestens jedoch 5.100 EUR pro Verstoß);
4. die Kosten unserer Inanspruchnahme nach einem Gegenstandswert von 25.000 EUR zu erstatten (1,3-Geschäftsgebühr nebst Auslagen, 1.295,43 EUR brutto);
5. Auskunft darüber zu erteilen, ob und in welchem Umfang die streitgegenständlichen Äußerungen Dritten (insbesondere Lokalmedien) gegenüber wiederholt oder bestätigt wurden.

Unser Mandant behält sich Strafantrag (§§ 194 Abs. 3, 230 StGB) sowie zivilrechtliche Schritte (insbesondere Geldentschädigung) ausdrücklich vor. Eine Klärung im Wege gütlicher Einigung ist möglich, setzt aber den fristgerechten Eingang einer Unterlassungserklärung voraus.

Mit freundlichen Grüßen Dr. Marlen Voss Rechtsanwältin Fachanwältin für Verwaltungsrecht

## **Anlage: Vorformulierte Unterlassungserklärung (Auszug)**

> Ich, Clara Herbst, verpflichte mich gegenüber Herrn Eberhard Wulfenroth, die Äußerung "Lackaffe auf der Baustellenbühne" sowie sinngemäße Behauptungen, der Bürgermeister sei ein "Lackaffe", in der Öffentlichkeit und in sozialen Medien nicht zu wiederholen. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung verspreche ich eine an die Stiftung "Bayerische Krebshilfe" zu zahlende Vertragsstrafe, deren Höhe Herr Wulfenroth nach billigem Ermessen bestimmt, deren Angemessenheit im Streitfall das Landgericht Regensburg überprüft.

## **Mandantennotiz am Rand**

Ich will den Satz mit Lackaffe vielleicht nicht wiederholen, aber den X-Beitrag finde ich sachlich. Die Nachträge sind doch da. Mir ist nur unklar, ob "bewusst" zu stark ist. Die Vertragsstrafe von 5.100 EUR kommt mir hoch vor, ich verdiene nicht so viel. Außerdem: Eine Stiftung in Bayern? Wieso nicht der Mandant selbst?

Datei: 09\_polizeiliche\_anhoerung\_notiz.md



## 09 - Polizeiliche Anhörung Notiz

**Polizeiinspektion Oberkrainbach** Polizeistraße 7, 92637 Oberkrainbach

**Schreiben vom:** 17.05.2026

**Aktenzeichen:** 506 Js OWK 1187/26 (im Schreiben so geführt; Mandantin: Schreibweise wirkt ungewöhnlich)

**Sachbearbeiter:** POK Reiner Lechner

**Betreff:** Anhörung als Beschuldigte wegen Beleidigung gemäß §§ 185, 188 StGB

Sehr geehrte Frau Herbst,

aufgrund einer Strafanzeige des Herrn Bürgermeister Eberhard Wulfenroth, Marktstraße 1, 92637 Oberkrainbach, vom 16.05.2026 wurde gegen Sie ein Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung gemäß § 185 StGB sowie wegen übler Nachrede gegen Personen des politischen Lebens nach § 188 Abs. 1 StGB eingeleitet.

Ihnen wird vorgeworfen, am 15.05.2026, gegen 20:42 Uhr, in der Aula der Realschule Oberkrainbach, Schulgasse 12, im Rahmen einer öffentlichen Bürgerveranstaltung Herrn Bürgermeister Eberhard Wulfenroth durch die Äußerung "Lackaffe auf der Baustellenbühne" sowie durch weitere ehrenrührige Äußerungen beleidigt zu haben. Zudem wird Ihnen vorgeworfen, durch X-Beiträge vom 06.05.2026 unwahre Tatsachen ("bewusst schöngerechnet") über den Bürgermeister verbreitet zu haben, die geeignet sind, sein öffentliches Wirken zu erschweren.

Sie erhalten gemäß § 163a Abs. 1 StPO Gelegenheit, sich schriftlich bis zum 31.05.2026 zu äußern. Sie können sich auch entschließen, keine Angaben zur Sache zu machen (§ 136 Abs. 1 S. 2 StPO). Eine anwaltliche Vertretung ist zulässig. Hinweise auf das Recht der Akteneinsicht (§ 147 StPO) sind beigelegt.

Sollte sich der Verdacht durch eine schriftliche Stellungnahme entkräften lassen, wird die Polizei dies in ihrer Schlussverfügung berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen Reiner Lechner Polizeihauptkommissar

### Telefonnotiz Clara Herbst, 18.05.2026, 10:15 Uhr

Ich habe bei der Telefonnummer angerufen und gefragt, ob ich einfach schreiben soll, dass es mir um das Bauprojekt ging. Der Beamte (offenbar nicht der Sachbearbeiter, ein Vertreter) sagte, ich müsse gar nichts schreiben, könne aber "meine Sicht darstellen". Auf meine Frage, ob die Sache "auch eingestellt werden könne", sagte er nur "das entscheidet die Staatsanwaltschaft". Auf meine Frage nach dem Strafmaß: "Das hängt vom Einzelfall ab, aber bei einem Bürgermeister ist § 188 StGB schwerer als die normale Beleidigung."

### Mandantenwunsch (Entwurf einer Stellungnahme, ungeprüft)

Ich möchte eigentlich sagen:

"Ich habe den Bürgermeister nicht als Privatperson beleidigen wollen, sondern sein Auftreten in der Veranstaltung kritisiert. Das Wort war zugespitzt, aber ich habe direkt danach nach den Nachträgen gefragt. Es ging mir um die Kostenfrage, nicht um eine persönliche Herabsetzung. Den X-Beitrag halte ich für sachlich richtig: die Vorlage 42/2025 stuft Bodenrisiken als 'unwahrscheinlich' ein, im Bodenbericht steht jedoch das Gegenteil. Die Nachträge sind inzwischen mit 230.500 EUR netto in der Nachtragsliste des Bauausschusses enthalten."



Bitte prüfen, ob ich das so schreiben sollte oder lieber gar nichts. Mein Mann sagt, "halt die Klappe und lass sie ermitteln". Eine Kollegin sagt, ich soll selbst Strafanzeige wegen Amtsmissbrauchs stellen — das halte ich aber für übertrieben.

## Anwaltliche Notiz

Strategiefrage: Schweigen (§ 136 StPO) oder fokussierte Sachverhaltsdarstellung. Vorteil Schweigen: keine Selbstbelastung, kein Festschreiben einer Version. Vorteil Stellungnahme: frühe Einstellungsperspektive nach § 170 II oder § 153 StPO; "Lackaffe" + politischer Kontext nach BVerfG-Linie häufig keine Schmähkritik, aber Einzelfallabwägung. Vor Stellungnahme: Wortlaut-Sicherung über OK1-Mitschnitt + Zeugin Klein.

Datei: 10\_pruefauftrag\_kanzlei.md

## 10 - Prüfauftrag Kanzlei

### Mandantenstamm

- Mandantin: Clara Herbst, Lerchengasse 11, 92637 Oberkrainbach.
- Beruf: Strategischer Einkauf, HanseLicht Komponenten GmbH, Bremen (Konzerntochter HanseLicht International AG).
- Mandatsbereich: Äußerungsrecht, Strafverteidigung Bagatellbereich, beratend zu Arbeitsrecht.
- Aktenzeichen Kanzlei: MP-2026/118.
- Honorar: RVG-Beratung, ggf. Honorarvereinbarung 280 EUR/h zzgl. USt für Out-of-Scope-Arbeiten (Schulkonflikt, USA-Vergleich).

### Auftrag

Bitte mit dem Plugin `meinungspruefer` prüfen:

1. Welche Äußerungen sind vorrangig Meinung, welche Tatsachenbehauptung, welche gemischt? Pro Äußerung: Sinn nach objektivem Empfängerhorizont; Mehrdeutigkeitsregel anwenden.
2. Welche Belege fehlen? Welche genügen für die "Wahrheit" einer Tatsachenbehauptung im zivilrechtlichen Unterlassungsrecht und für die "ausreichende Recherche" bei § 193 StGB?
3. Ist "Lackaffe" im Kontext der Bürgerversammlung eher zulässige zugespitzte Machtkritik oder Beleidigung — und ändert sich die Bewertung durch den Lokal-TV-Mitschnitt?
4. Ist der Pinocchio-Vergleich auf LinkedIn als Satire/Wertung vertretbar oder wegen der konkreten Lieferzusagen gefährlich? Wie wirkt sich aus, dass eine der zitierten Aussagen ("ganz sicher im April") nicht schriftlich dokumentiert ist?
5. Wie ist die Kantinenäußerung "trickst die Zahlen zurecht" arbeitsrechtlich und strafrechtlich einzuordnen? Trägt die Excel-Differenz als Anknüpfungstatsache?
6. Wie sollte Clara auf die Abmahnung und die polizeiliche Anhörung reagieren? Ist Schweigen im Strafverfahren ratsam? Welche Antwort an Dr. Barcken & Voss bewahrt das Verfahren möglichst ohne Anerkenntnis?
7. Welche Sätze sollte sie künftig sicherer formulieren? "Was darf ich noch sagen"-Handreichung in zwei Varianten: hart und weich.

8. Welche EGMR-, EuGH-/GRCh- und OLG-Linien sind für die Abwägung wirklich tragend? Bitte nur prüfbare Entscheidungen mit Gericht, Datum, Aktenzeichen und Fundstelle.
9. Wie sähe ein sauber getrennter USA-Vergleich aus, ohne US-First-Amendment-Maßstäbe in die deutsche Prüfung hineinzuschieben?
10. Wie ist mit dem anonymen DM-Hinweis auf "geglättete" Risikoeinstufung umzugehen — quellenschutzrechtlich und beweisrechtlich?
11. Welche schulrechtliche Folge droht durch die Hausverbots-Andeutung; ist eine vorsorgliche Beschwerde an das Schulamt sinnvoll?

## **Gewünschter Output**

- Akteninventar mit Fundstellen pro Äußerung.
- Äußerungsblatt pro Fall (1 DIN-A4-Seite je Äußerung).
- Risikoampel Strafrecht / Zivilrecht / Plattform / Arbeitsrecht / Schule / Reputation (jeweils Grün, Gelb, Rot mit kurzer Begründung).
- Prüfvermerk mit Art.-5-GG-Abwägung im Gutachtenstil; Schwerpunkt: BVerfG-Linie zur "Lackaffe"-Ebene und zur Verdachtsberichterstattung; § 188 StGB und seine Spezifika.
- Europäischer Kontrollblock: Art. 10 EMRK, Art. 11 GRCh, Plattform-/Suchmaschinenbezug (insb. DSA-Notice-and-Action für LinkedIn).
- OLG-/KG-Praxischeck für Unterlassungsrisiko und Tenorweite (Schwerpunkt: Bayerische OLG, KG Berlin als methodische Referenz).
- Optionaler USA-Vergleichsblock für die Geschäftsführung (kein Ersatz für deutsche Prüfung).
- Entwurf einer vorsichtigen Antwort an die Kanzlei Dr. Barcken & Voss (keine Unterlassungserklärung in vorgeschlagener Form; Gegenvorschlag mit modifizierter Erklärung nur für "Lackaffe" und mit verminderter Vertragsstrafe).
- Entwurf einer schriftlichen Stellungnahme an die Polizei Oberkrainbach (zwei Varianten: knapp / ausführlich).
- Strategiepapier zum HR-Gespräch HanseLicht (inkl. Beweissicherungs-Hinweisen).
- Briefing für Geschäftsführerin Hagedorn zum US-Vergleich (max. zwei Seiten).
- Kurze Handreichung für Clara: "Was darf ich noch sagen?" — als A4-Merkblatt.

## **Vorgabe**

- Keine BeckRS-Zitate, keine Kommentarzitate.
- Rechtsprechung nur mit Gericht, Datum, Aktenzeichen und frei prüfbarer Quelle (BVerfG, BGH, OLG-Datenbank, EGMR-HUDOC, EuGH Curia).
- Mehrdeutige Äußerungen vor Auslegung zitieren, dann nach BVerfG-Stolpe-Methodik prüfen.
- Keine US-Maßstäbe einschmuggeln. Rechtsvergleich nur im dafür gekennzeichneten Skill-Block.
- Mandantengeheimnis: Excel-Versionen aus HanseLicht enthalten interne Konzerndaten — vor Versand außerhalb der Kanzlei auf AVV achten.

Datei: 11\_reaktionsentwurf\_roh.md

# 11 - Reaktionsentwurf roh

**Nicht versendet. Entwurf der Mandantin vom 18.05.2026, 22:11 Uhr.**

Sehr geehrte Frau Dr. Voss,

ich werde gar nichts unterschreiben. Wenn Herr Wulfenroth keine Kritik verträgt, sollte er vielleicht keine Bürgerdialoge veranstalten. Mein Satz war offenkundig auf sein Auftreten bezogen. Er stand dort mit Präsentation, Hochglanzbildern und großen Worten, während er auf konkrete Kostenfragen auswich.

Den X-Beitrag lösche ich ebenfalls nicht. Die Stadt hat die Risiken klein gerechnet. Ob Sie das jetzt "bewusst schöngerechnet" oder "politisch bequem bewertet" nennen, ändert nichts daran, dass die Vorlage die Bodenrisiken als unwahrscheinlich darstellt und zwei Monate später genau diese Risiken teuer werden. Die Nachträge stehen jetzt bei rund 230.000 EUR. Daran ist nichts beschönigend.

Ich nehme zur Kenntnis, dass das Wort "Lackaffe" scharf war. Ich werde es nicht unnötig wiederholen. Ich werde aber weiterhin sagen, dass der Bürgermeister Show statt Sacharbeit geliefert hat. Wenn Sie das auch unterbinden wollen, müssen Sie das gerichtlich versuchen.

Die in Ihrer vorformulierten Erklärung vorgesehene Vertragsstrafe von 5.100 EUR pro Verstoß ist überzogen. Ich verdiene das Geld einer Sachbearbeiterin, nicht eines Unternehmens. Auch dass die Vertragsstrafe an eine Stiftung gezahlt werden soll, an deren Auswahl nur Ihr Mandant beteiligt war, halte ich nicht für angemessen.

Mit freundlichen Grüßen

Clara Herbst

## Kanzleinotiz (RAin Muster, 19.05.2026, 08:30 Uhr)

Der Entwurf ist in der Sache brauchbar, aber Ton und einzelne Formulierungen erhöhen das Eskalationsrisiko erheblich:

- Satz 1 ("ich werde gar nichts unterschreiben") wirkt wie eine Verweigerung der Auseinandersetzung; lieber strukturiert ablehnen.
- "Wenn Sie das auch unterbinden wollen, müssen Sie das gerichtlich versuchen" ist eine Einladung zum Antrag auf einstweilige Verfügung — sprachlich entschärfen.
- Verwendung des Wortes "schöngerechnet" wiederholen wäre der schlechteste Schritt; Vorschlag: in der Antwort bestehende Aussage als Wertung ("aus meiner Sicht politisch unzureichend gewichtet") umformulieren, ohne den ursprünglichen Beitrag zu löschen.
- Kanzleitaktisch: modifizierte Unterlassungserklärung nur zu "Lackaffe", auf das Verhalten beschränkt (nicht zur Person), mit moderater Vertragsstrafe (z. B. 1.500 EUR) und Klarstellung, dass damit kein Schuldanerkenntnis verbunden ist.
- Zum X-Beitrag: Kontextualisierung ("die Verwaltung hat die Risiken im Verfahren so klein gewichtet, dass ...") als ergänzender Folgebeitrag; Hauptbeitrag stehen lassen oder Wort "bewusst" durch "in der Vorlage" ersetzen — beides ist juristisch vertretbar, je nach Risikoneigung.

Nächster Schritt: Reinentwurf Antwort an Dr. Barcken & Voss (Variante A "fest"; Variante B "deeskalierend"). Vorlage an Mandantin bis 21.05.2026 mittags.

Datei: 13\_rechtsvergleich\_usa\_notiz.md

# 13 - Interne Notiz: USA-Vergleich

## Absenderin

Nora Hagedorn-Wibbel, Geschäftsführerin Group Legal & Communications, HanseLicht International AG, Konzernzentrale Hamburg

## Empfänger

Clara Herbst (interne Anhörung), RAIN Muster (Externe Kanzlei), CC: HanseLicht USA Inc. Legal (Adam Pearson, Boston)

## Betreff

Bitte nicht wieder dieselbe US-Diskussion im Jour fixe

## Text

Wir haben seit gestern zusätzlich Druck aus der US-Tochter (HanseLicht USA Inc., Boston). Dort wurde im internen Communications-Stand-up gefragt, ob Clara die Beiträge nicht einfach stehen lassen könne, weil "in America this is obviously protected speech" sei. Die Aussage kam nicht von einem US-Anwalt, sondern aus der Kommunikationsabteilung. Adam Pearson (US Counsel) hat dazu noch nichts geschrieben — wir wollen ihn nicht mit einem internen Streit eindecken.

Ich brauche deshalb im Prüfvermerk bitte einen kurzen, sauberen Vergleich:

1. Warum die deutsche Prüfung nicht mit "Freedom of Speech" erledigt ist (Drittwirkung der Grundrechte, Lüth-Linie, Wechselwirkungslehre).
2. Ob die Wörter "Lackaffe", "Pinocchio" und "trickst die Zahlen zurecht" nach US-Denken eher als opinion, rhetorical hyperbole oder defamation-risk gelesen würden — mit Verweis auf die einschlägige Supreme-Court-Linie (Milkovich, Hustler, NYT v. Sullivan), aber ohne deutsche Substitution.
3. Wo der wichtigste Unterschied liegt: deutsche Ehre und APR einerseits, US-public-figure-/actual-malice-Linie andererseits. Stichwort: Beweislast, Vorsatz, "of and concerning the plaintiff".
4. Welche Formulierung wir der US-Tochter schicken können, ohne unser deutsches Risiko kleinzureden.
5. Plus-Frage: Kann die US-Tochter sich darauf berufen, dass eine Mitarbeiterin der deutschen Schwester einen "scheme" entlarvt hat, wenn die Mitarbeiterin in den USA arbeiten würde? Nur als gedankliches Gegenprobe.

## Kontext

Die US-Tochter ist nicht am Bauprojekt Kultursteg beteiligt. Es geht nur um Kommunikationsstrategie und um die Frage, ob wir in einem englischen Board Memo (Quarterly Board Pack Q2) erklären können, weshalb Clara in Deutschland vorsichtiger formulieren muss als in einem amerikanischen Social-Media-Training. Boston möchte am 03.06.2026 einen "Communications Risk Briefing"-Eintrag haben, der Deutschland kohärent abbildet.

## Internes Politikum

Frau Hagedorn-Wibbel kennt die Konzerntradition: Bei den letzten zwei Krisen hat die US-Seite jeweils argumentiert, "in Germany you are over-lawyered". Sie braucht ein Memo, das diesen Vorwurf nicht bestätigt, aber den deutschen Rahmen sauber begründet. Wichtig: Keine moralische Wertung der

US-Linie ("we are stricter than the US for good reason") — nur die positivrechtliche Differenz.

## Bitte an das Plugin

Nutze `rechtsvergleich-usa-supreme-court`, aber schreibe ausdrücklich dazu, dass dies kein deutsches Ergebnis ersetzt. Der Vergleich soll kurz genug sein, um in ein Vorstandsmemo kopiert zu werden (max. 2 Seiten DIN A4, deutsch, mit englischer Kurzfassung von max. 12 Zeilen).

## Verbindung zum laufenden Mandat

Clara ist nicht im Auftrag des Konzerns aufgetreten. Der HanseLicht-Hintergrund spielt eine Rolle für die Kantinen-Äußerung gegenüber Herrn Kallweit, nicht für den Bürgermeister-Komplex. Der USA-Vergleich ist daher klar als "Kommunikationsfrage HanseLicht" zu kennzeichnen, nicht als "Verteidigungslinie Clara".

Datei: 14\_social\_media\_zweitwelle\_reaktionen.md

# 14 - Social-Media-Zweitwelle und externe Reaktionen

**Erfassungszeitraum:** 16.05.2026 bis 19.05.2026

**Erfasst durch:** Referendar Roth, Kanzlei Muster

**Quellen:** Manuelle Screenshots (Verzeichnis `mp-zweitwelle/`), API-Export X (Stand 19.05.2026, 06:00 Uhr), LinkedIn-Profilaufruf, Lokalpresse-Archiv (Mühlbachblick, OK1, Rundschau Niederbayern)

**Anlass:** Beobachtung der Wirkung der Erstäußerungen auf Plattformen, einschließlich Reaktionen Dritter und Verbreitung in Lokalpresse

## A. X-Thread `@klartext\_oberkrainbach` — Entwicklung nach 13.05.2026

Der ursprüngliche Thread vom 06.05.2026 wurde am 13.05.2026 (nach der Bürgerversammlung am 15.05.2026 nicht zu verwechseln; siehe Datum) durch einen unbekannten Account stark verbreitet. Zwischen 13.05. und 17.05.2026:

| Datum                 | Reichweitenwerkzeug | Wert |
|-----------------------|---------------------|------|
| 13.05.2026            | Reposts             | 8    |
| 15.05.2026, 22:00 Uhr | Reposts             | 19   |
| 16.05.2026, 06:00 Uhr | Reposts             | 31   |
| 17.05.2026, 12:00 Uhr | Reposts             | 47   |
| 18.05.2026, 18:00 Uhr | Reposts             | 51   |
| 19.05.2026, 06:00 Uhr | Likes               | 184  |

Der Beitrag erreichte am 16.05.2026 die Timeline mehrerer regional bekannter Accounts (zwei Stadtratsmitglieder einer Nachbargemeinde, ein Lokaljournalist, ein Mitglied der Bezirkstagsfraktion Grüne). Keiner dieser Reposts hatte einen eigenen kommentierenden Text.

## B. LinkedIn — Reichweite des Pinocchio-Kommentars

Stand 18.05.2026, 23:00 Uhr:

- 19 Reaktionen ("Like", "Funny", "Like+"), davon 4 von NovaWerk-Mitarbeitenden.
- 14 öffentliche Antworten, davon 5 mit Inhalt für Mandantin, 7 zustimmend, 2 mit Drohcharakter.
- 3 anonyme Direktnachrichten an Mandantin (zwei kritisch, eine positiv).
- 1 Profilbesuch durch "Compliance-Funktion NovaWerk" (Profil "Compliance NovaWerk", gemerkter Lebenslaufpunkt: Senior Specialist Investigations).

Bemerkenswerter Kommentar (öffentlich) von Nutzer "Solveig K., Branchenkollegin":

> Ich kenne Frau Rupprecht aus der Branche. Sie ist verlässlich, aber kommunikativ überzeugend. Das hier ist keine Lüge, das ist Vertriebsdruck. Trotzdem: Pinocchio ist eine harte Vokabel.

## C. Lokalpresse

### Mühlbachblick (Online-Blog, Reichweite ca. 6.000 monatliche Besucher)

- 16.05.2026: Erstartikel (siehe 06\_buergermeister\_lackaffe\_buergerversammlung.md).
- 17.05.2026: Folgeartikel "Bürgermeister droht mit Anwalt — wie weit darf Bürgerkritik gehen?" (kurze Einordnung mit unsystematischen Verweisen auf "BVerfG-Linie", ohne Aktenzeichen).
- 18.05.2026, 17:00 Uhr: Kommentar des Bloggers Saßmann mit dem Satz "Herr Wulfenroth wird sich noch erinnern, wenn die Nachträge bei einer halben Million liegen."

### OK1 — Lokal-TV

- Bericht 16.05.2026 (siehe 06.).
- Wiederholung 17.05.2026, 12:30 Uhr.
- Anfrage Kanzlei Muster auf Herausgabe des Rohmaterials der Veranstaltung: 17.05.2026, 14:00 Uhr; OK1 reagiert mit "Wir prüfen und melden uns binnen 7 Tagen."

### Rundschau Niederbayern (Print + Online, ca. 28.000 Auflage)

- Kurzmeldung "Heftige Töne in Oberkrainbach", 18.05.2026, S. 17. Erwähnt Clara Herbst namentlich. Kontaktversuch durch Redakteur Schwerdt am 18.05.2026, 16:15 Uhr; Mandantin nicht ans Telefon gegangen.

## D. Reaktionen am Arbeitsplatz HanseLicht (außerhalb HR-Verfahren)

- Kantinengespräch 14.05.2026 (nach HR-Einladung): Drei Kolleg:innen sprechen Mandantin direkt an, davon zwei zustimmend, eine kritisch.
- Anonyme E-Mail an Mandantin (Empfang 16.05.2026, 22:31 Uhr) mit folgender Aussage: "Sie sollten besser leise bleiben. Es geht hier um die Karriere von Herrn Kallweit, nicht um Ihre Einkaufszahlen." Header zeigt anonymen Webmailer. Mandantin hat E-Mail nicht beantwortet.

## E. Bewertung Kanzlei

- Die Reichweite des X-Postings übersteigt jetzt deutlich die Schwelle, ab der eine Löschung als "vollständige Beseitigung" der Wirkung gar nicht mehr möglich ist (Streisand-Effekt-Risiko).
- Die LinkedIn-Reaktion zeigt: NovaWerk-Compliance prüft den Vorgang aktiv; eine Notice-and-Action-Maßnahme nach DSA ist möglich (LinkedIn ist eine sehr große Online-Plattform i. S. d. Art. 33 DSA).
- Lokalpresseanfragen erhöhen den Druck, Kommunikation zu professionalisieren. Vorschlag: presseseitig nicht zurückrufen, schriftlich antworten oder schweigen (keine Verschärfung).

- Anonyme E-Mail intern an HanseLicht meldepflichtig (Konzernrichtlinie zu Drohnachrichten), aber Quelle wirkt zu schwach für rechtliche Schritte; ggf. nur Kenntnissgabe an Sicherheitsabteilung.

## F. Offene Beobachtungspunkte

- Wer ist `@KopfFrei\_72`?
- Hat OK1 Rohmaterial herausgegeben? (Antwortfrist 24.05.2026)
- Gibt es eine zweite Anzeige (z. B. wegen Verleumdung) parallel zum bestehenden Verfahren?
- Wird Mühlbachblick die Kritik künftig zitieren ("Lackaffe-Kritikerin")? Risiko Folgepresse.

Datei: 15\_anwaltsmahnung\_novawerk\_rupprecht.md

## 15 - Anwaltsschreiben NovaWerk GmbH / Rupprecht

**Kanzlei Hagen, Pries & Limmert Partnerschaft mbB** Friedrich-Ebert-Straße 18, 80339 München  
Telefon 089 ... beA-fähig

**Datum:** 19.05.2026

**Unser Zeichen:** HPL/2026-RU-0473

**Per beA und Einschreiben mit Rückschein**

An Frau Clara Herbst Lerchengasse 11 92637 Oberkrainbach

### **Betreff: Rufschädigende Äußerung "Pinocchio des Monats" gegenüber unserer Mandantin Miriam Rupprecht (NovaWerk GmbH); Unterlassungs- und Schadensersatzansprüche**

Sehr geehrte Frau Herbst,

wir vertreten Frau Miriam Rupprecht, Projektleiterin Großprojekte bei der NovaWerk GmbH, München. Vollmacht ist anwaltlich versichert. Eine Original-Vollmacht wird auf Anforderung übersandt.

Wie unserer Mandantin bekannt geworden ist, haben Sie unter dem auf der Plattform LinkedIn veröffentlichten Unternehmenspost der NovaWerk GmbH vom 09.05.2026, 08:15 Uhr, am 09.05.2026 um 18:02 Uhr folgenden Kommentar öffentlich gepostet:

> "Miriam Rupprecht ist für mich der Pinocchio des Monats. Erst 'Lieferung Ende März', dann 'ganz sicher im April', jetzt 'wegen externer Faktoren offen'. Wer dreimal Verlässlichkeit verspricht und dreimal anders liefert, sollte nicht mit Verlässlichkeit werben."

Diese Äußerung — insbesondere die Bezeichnung als "Pinocchio des Monats" — enthält den Vorwurf, unsere Mandantin habe in ihrer beruflichen Funktion mehrfach gelogen. Sie ist gemäß §§ 823 Abs. 1, 1004 Abs. 1 S. 2 BGB analog i. V. m. dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1, 1 Abs. 1 GG) unzulässig. Sie unterliegt zudem dem Tatbestand der üblen Nachrede (§ 186 StGB), da Sie eine ehrenrührige Tatsache aufgestellt haben, deren Wahrheit Sie nicht belegen können.

Die von Ihnen zitierten "Liefertermine" stammen — soweit unserer Mandantin bekannt — nicht aus persönlicher Kommunikation mit Frau Rupprecht. In den drei E-Mails der NovaWerk GmbH wurde die Lieferzusage stets unter Vorbehalt formuliert. Die Verzögerung beruht ausweislich der internen Akten auf einer Statikfreigabe der Stadt Oberkrainbach, nicht auf einem Fehlverhalten unserer Mandantin. Sie haben den Inhalt der E-Mails verkürzt zitiert und einen Wertungsrahmen ("Pinocchio") gewählt, der den Vorwurf



vorsätzlicher Täuschung impliziert.

Wir fordern Sie daher namens und in Vollmacht unserer Mandantin auf, bis spätestens 26.05.2026, 12:00 Uhr,

1. den Kommentar vom 09.05.2026 unter dem LinkedIn-Post der NovaWerk GmbH unverzüglich vollständig zu löschen;
2. eine Unterlassungserklärung in der beigefügten Form abzugeben (Vertragsstrafe in das billige Ermessen unserer Mandantin, mindestens 5.100 EUR pro Verstoß);
3. einen Widerruf in äquivalenter Form (Folgekommentar unter dem Post mit dem Wortlaut der beigefügten Anlage) zu veröffentlichen;
4. den durch die Veröffentlichung entstandenen Schaden zu ersetzen — vorbehaltlich der bisher entstandenen vorgerichtlichen Kosten in Höhe von 1.295,43 EUR (1,3-GebVerz nach RVG, Gegenstandswert 25.000 EUR);
5. uns mitzuteilen, ob Sie die Äußerung gegenüber Dritten (etwa Geschäftspartnern unserer Mandantin) wiederholt haben.

Sollte ein fristgerechter Eingang einer Unterlassungserklärung ausbleiben, wird ohne weitere Vorankündigung Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung beim Landgericht München I gestellt. Wir machen vorsorglich darauf aufmerksam, dass das von Ihnen ggf. zu tragende Kostenrisiko des Verfügungsverfahrens den ursprünglichen Verlust an gutem Ruf deutlich übersteigen kann.

## **Rückzieher und Hinweis auf Beleg**

Sollten Sie über schriftliche Belege verfügen, aus denen die Aussage unserer Mandantin "ganz sicher im April" hervorgeht, bitten wir um Übersendung. Eine solche Aussage ist in den uns vorliegenden Akten der NovaWerk GmbH nicht dokumentiert.

Eine außergerichtliche Lösung — beispielsweise eine Klarstellung mit modifizierter Vertragsstrafe und ohne Widerruf — schließt unsere Mandantin nicht aus, setzt aber den vollständigen Eingang einer Unterlassungserklärung zu Ziff. 1 und 2 voraus.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Friederike Limmert Rechtsanwältin Fachanwältin für Gewerblichen Rechtsschutz

## **Anlage 1: Beigefügter Wortlaut der Unterlassungserklärung (Auszug)**

> Ich, Clara Herbst, geboren am ..., wohnhaft Lerchengasse 11, 92637 Oberkrainbach, verpflichte mich gegenüber Frau Miriam Rupprecht, es ab sofort zu unterlassen, sie öffentlich als "Pinocchio des Monats", als "Lügnerin", als Person, die "Lieferzusagen vorsätzlich gebrochen" habe, oder mit ähnlichen Wortlauten zu bezeichnen. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung verspreche ich eine an Frau Rupprecht zu zahlende Vertragsstrafe in Höhe von mindestens 5.100 EUR.

## **Anlage 2: Vorformulierter Widerruf**

> "Mein Kommentar vom 09.05.2026 unter dem Post der NovaWerk GmbH war unzutreffend. Frau Miriam Rupprecht hat keine Lieferzusage gebrochen. Die Verzögerung beruht auf externen Faktoren, die nicht von ihr zu vertreten sind. Ich nehme die Bezeichnung als 'Pinocchio des Monats' zurück."

## **Mandantennotiz am Rand**

Den Widerruf werde ich nicht so unterschreiben. Ich habe nichts erfunden — ich habe Termine zitiert, die NovaWerk uns mitgeteilt hat. Außerdem ist "Pinocchio" doch ein Kinderbuch. Aber die 5.100 EUR



Vertragsstrafe machen mir Bauchschmerzen. Bitte um Rückruf bis Mittwoch.

## Kanzleinotiz (RAin Muster, 19.05.2026)

Die Forderung Widerruf in der vorformulierten Form geht zu weit (impliziert Schuldanerkenntnis).  
Vorschlag: modifizierte Unterlassungserklärung beschränkt auf "Pinocchio" mit reduzierter Vertragsstrafe (1.500 EUR), klargestellte Erläuterung, dass die Lieferzusagen-Diskussion in der Sache fortgeführt werden darf. Widerruf nicht akzeptieren; statt dessen Erklärung "Ich habe die Verzögerungsursache verkürzt dargestellt". Risiko: einstweilige Verfügung LG München I — Kostenrisiko ca. 2.500 EUR.

Datei: 16\_polizei\_anzeige\_konvolut.md

## 16 - Polizei-Anzeigekonvolut: Strafanzeige Wulfenroth, Vermerk PI Oberkrainbach, Ermittlungsstand StA Regensburg

**Aktenzeichen:** "506 Js OWK 1187/26" (so im Schreiben der PI Oberkrainbach; bei der Staatsanwaltschaft Regensburg vermutlich "506 Js 1187/26" — die "OWK" ist eine interne Geschäftszahl der PI)

**Bezugsverfahren:** Ermittlungsverfahren gegen Clara Herbst wegen §§ 185, 188 StGB

**Anklagebehörde:** Staatsanwaltschaft Regensburg, Abteilung 6 (Allgemeinkriminalität)

**Sachbearbeitung StA:** OStAin Brauck (vorläufig)

### Teil A: Strafanzeige Bürgermeister Eberhard Wulfenroth, 16.05.2026

(Eingegangen PI Oberkrainbach 16.05.2026, 10:25 Uhr; aufgenommen durch POK Lechner)

**Anzeigerstatter:** Eberhard Wulfenroth, Bürgermeister der Stadt Oberkrainbach, Marktstraße 1

**Angezeigte Person:** Clara Herbst, Lerchengasse 11

**Vorwurf:** Beleidigung in einer Öffentlichkeit nach §§ 185, 188 StGB, hilfsweise üble Nachrede nach §§ 186, 187 StGB

#### Sachverhalt nach Schilderung Anzeigerstatter:

> "Frau Herbst hat mich am 15.05.2026 in der Aula der Realschule Oberkrainbach im Rahmen der Bürgerversammlung als 'Lackaffe auf der Baustellenbühne' bezeichnet. Es handelt sich um eine bewusste, herabsetzende Beleidigung, die nicht durch berechnete Interessen gedeckt ist. Sie ist mir und meiner Familie auch persönlich nahegegangen. Darüber hinaus hat Frau Herbst über die Plattform X behauptet, ich hätte 'bewusst schöngerechnet'. Diese Behauptung ist nachweislich unwahr — die Kostenkalkulation lag dem Rat in voller Transparenz vor."

#### Anlagen Anzeigerstatter:

- Screenshot X-Beitrag vom 06.05.2026 (Folie 1)
- Screenshot Folgeantworten Mandantin (Folien 2 und 3)
- Auszug Mühlbachblick-Artikel vom 16.05.2026 (PDF)
- Kopie OK1-Bericht-Transkript (eigenhändig)

#### Antrag auf Strafverfolgung:

> "Ich stelle ausdrücklich Strafantrag gemäß §§ 185 StGB, 194 StGB, ferner die Anregung zur Verfolgung wegen § 188 StGB, da die Beleidigung sich gegen mich in meiner Eigenschaft als Bürgermeister richtet."

## **Teil B: Polizeilicher Vermerk PI Oberkrainbach, 17.05.2026**

(POK Lechner)

> "Nach Vorlage der Anzeige wurde am 17.05.2026 das Schreiben gemäß § 163a Abs. 1 StPO an die Beschuldigte gefertigt. Eine erste Anfrage bei der Bezirksinspektion (Strafrechts-Referat) ergab, dass das Verfahren nach Eingang der Stellungnahme der Beschuldigten an die Staatsanwaltschaft Regensburg abzugeben ist. Aufgrund der politischen Sensibilität (Amtsträger) wurde die Akte vorab dem Dienstgruppenleiter zur Kenntnis gegeben. Wegen § 188 StGB: Eingabe an StA wegen besonderer öffentlicher Bedeutung möglich."

## **Teil C: Hinweise StA Regensburg (telefonische Nachfrage durch Referendar Roth am 19.05.2026, 09:15 Uhr)**

(Vermerk Referendar Roth)

> "Telefonat mit Mitarbeiterin der Geschäftsstelle Abt. 6, OStAin Brauck. Aussage: Akte zu '506 Js 1187/26' liege noch nicht vor. Stellungnahme der Beschuldigten werde abgewartet. Sodann werde geprüft, ob § 153 StPO (Geringfügigkeit), § 153a StPO (Auflage) oder Anklage in Betracht komme. Bei § 188 StGB werde besonderes Augenmerk auf 'öffentliches Auftreten' und 'Erschwerung der politischen Tätigkeit' gelegt; Bagatellgrenze enger als bei § 185 StGB."

## **Teil D: Bürgermeister-Anzeige Zusatzschreiben vom 18.05.2026**

(Eingegangen StA Regensburg 18.05.2026, 14:30 Uhr; Eingangsstempel)

> "Sehr geehrte Damen und Herren der Staatsanwaltschaft Regensburg, > > ergänzend zu meiner Anzeige vom 16.05.2026 weise ich darauf hin, dass Frau Herbst auf X am 06.05.2026 zusätzlich öffentlich verbreitet hat, ich hätte 'Show statt Sacharbeit' geliefert (Bürgerversammlung 15.05.2026). Eine Wiederholung dieser Äußerung im X-Profil ist nach Auskunft der städtischen Pressestelle wahrscheinlich (Account aktiv). Sollte sich der Verdacht eines fortgesetzten Tatverhaltens erhärten, beantrage ich die Aufnahme dieser Äußerung in das Ermittlungsverfahren. > > Mit freundlichen Grüßen > Eberhard Wulfenroth"

## **Teil E: Anwaltliches Schreiben Wulfenroth-Vertreterin Dr. Voss an PI Oberkrainbach (Akteneinsichtsantrag)**

(Datum 18.05.2026, eingegangen 19.05.2026 09:00 Uhr)

> "Namens und in Vollmacht des Geschädigten Wulfenroth beantragen wir Akteneinsicht nach § 406e StPO. Begründung: Verletzteneigenschaft, geplant ist Adhäsionsverfahren mit Geldentschädigung."

## **Teil F: Bewertung Kanzlei Muster**

- Der Anzeigeerstatter eskaliert systematisch (Strafanzeige + Zusatzschreiben + Akteneinsichtsantrag + zivilrechtliche Abmahnung).
- § 188 StGB bringt Strafverschärfung mit; gleichzeitig stärkt § 193 StGB die Verteidigung, weil es sich um öffentliche Kritik an Amtsträger im Verfahren handelt.
- Strategie: Stellungnahme im Strafverfahren erst nach Akteneinsicht (zugleich Antrag); parallel Hinweis an PI, dass das interne Aktenzeichen "OWK" auf dem Anschreiben Verwirrung stiften kann.

- Adhäsionsverfahren wäre möglich; gleichzeitig könnte das Strafgericht das Adhäsionsverfahren als ungeeignet ablehnen, wenn parallel zivilrechtliche Hauptsacheklage läuft.

## Teil G: Offene Punkte

- Eingang OK1-Mitschnitt (siehe 14.).
- Stellungnahmefrist Polizei (31.05.2026) — Erstrückäußerung "Akteneinsicht beantragt" sinnvoll.
- Adhäsionsverfahren vs. zivilrechtliches Hauptverfahren (gemeinsame Strategie überlegen).
- Mögliche Gegenanzeige wegen § 187 StGB (Verleumdung) gegen `@KopfFrei\_72` — Identifizierung über Plattform-Auskunft (DSA).

Datei: 17\_whistleblower\_statement\_okb\_insider.md

## 17 - Whistleblower-Statement und Quellenschutzfragen

**Hinweisgeber:** Pseudonym "OkbInsider" (X-DM-Account @OkbInsider); nach Selbstauskunft Mitarbeiter:in der Stadtverwaltung Oberkrainbach, Bereich Bauverwaltung

**Erstkontakt:** 07.05.2026, 09:11 Uhr per X-Direktnachricht an @klartext\_oberkrainbach

**Zweitkontakt:** 18.05.2026, 22:48 Uhr per anonymem Signal-Link (von Mandantin erhalten und protokolliert)

**Erfasst und ausgewertet:** RAIN Muster, Referendar Roth (Quellenschutzhinweis erteilt)

### A. Wortlaut Erstkontakt vom 07.05.2026

> "Frau Herbst, ich kann Ihnen nicht offiziell helfen, aber die Risikoeinstufung in der Vorlage stammt nicht von der Bauverwaltung, sondern wurde nach einer politischen Vorbesprechung 'geglättet'. Mehr darf ich nicht schreiben. Bitte zitieren Sie mich nicht."

### B. Wortlaut Zweitkontakt vom 18.05.2026, 22:48 Uhr

> "Ich habe gesehen, dass der Bürgermeister rechtliche Schritte angekündigt hat. Wenn Sie es ernsthaft brauchen: Es gab am 16.02.2025 eine Vorbesprechung mit Wulfenroth, dem Bauamtsleiter Renner und der Kämmerin Frau Stoiber. Im Protokoll vom 18.02.2025 (das nie veröffentlicht wurde) steht, dass die Bodenrisiken bei einer Mehrheit im Rat 'kommunikationsfähig' eingestuft werden müssen. Das ist nicht meine Wortwahl, das steht so im Vermerk. Ich gebe Ihnen den Vermerk nicht, weil ich identifizierbar wäre. Aber: Wenn Sie über die kommunale Informationsfreiheit anfragen, bekommen Sie ihn vielleicht. Probieren Sie es."

### C. Echtheitsindizien

- Begriff "geglättet" wird in der Bauverwaltung als interner Slang verwendet, kommt im Verwaltungssprachgebrauch öffentlich nicht vor.
- Datum (16.02.2025) und Personen (Wulfenroth, Renner, Stoiber) stimmen mit verifizierbarem Personaltableau der Stadt überein.
- Hinweis auf "kommunalen Informationsfreiheitsantrag" ist verfahrensrechtlich korrekt (BayUIG, Art. 8 BayDSG/UIG, IFG-Variante des Landes Bayern).

## D. Authentizität — Restzweifel

- Account `@OkbInsider` wurde im November 2025 erstellt, hat null öffentliche Beiträge und nur vier Follower.
- Keine technische Verifikation der Behauptung (kein angehängter Vermerk, keine Metadaten).
- Möglich: Disinformation durch politische Gegner des Bürgermeisters, die Mandantin in eine Verleumdung treiben wollen.

## E. Rechtliche Bewertung Quellenschutz

1. **Anwaltlicher Quellenschutz:** Die Kanzlei ist an § 43a Abs. 2 BRAO und § 203 StGB gebunden; identifizierende Informationen aus dem Hinweisgeber sind streng vertraulich. Die DM darf nicht ohne Anonymisierung in einen Schriftsatz.
2. **Mandantenseitige Verwendung:** Frau Herbst darf das Wissen aus den DM für sich nutzen, sollte aber den Hinweisgeber nicht zitieren — sowohl aus Quellenschutz- als auch aus Beweisgründen (Hörensagen).
3. **Beweisrechtliche Folge:** Die anonymen Aussagen genügen nicht für eine Beweisaufnahme. Sie können aber Ermittlungsansatz sein (Vermerk vom 18.02.2025 über Informationsfreiheitsantrag beschaffen).
4. **§ 7 HinSchG (Hinweisgeberschutzgesetz):** Theoretisch könnte der Whistleblower interne oder externe Meldestellen nutzen; eine Kanzlei der Mandantin ist nicht "Meldestelle" i. S. d. HinSchG. Falls der Hinweisgeber Schutz wünscht, ist eine sachverständige Beratung durch eine eigene Anwältin erforderlich.
5. **Risiko für Mandantin:** Wenn sie die anonymen Informationen öffentlich verwendet, gerät sie selbst in Beweisnot ("Bin ich nun ein Mitwisser?"). Verteidigung muss zwischen Verteidigungsnutzen und Selbstschutz abwägen.

## F. Vorgehen Kanzlei (Vorschlag)

1. Anfrage nach kommunaler Informationsfreiheit (BayUIG / Bayerisches IFG-Surrogat) auf "Vermerk vom 18.02.2025 zu Bodenrisiken Kultursteg Mühlbach": gestellt am 19.05.2026 per E-Mail an `informationsfreiheit@oberkrainbach.de`. Frist nach BayUIG 4 Wochen; bei Verweigerung: Klage VG Regensburg.
2. Hinweisgeber-Kontakt nicht ausbauen; keine inhaltlichen Nachfragen, keine Bestätigung im Strang. Falls der Hinweisgeber später identifizierbar ist und Schutz benötigt: an spezialisierte Stelle weiterleiten.
3. Im Verfahren gegenüber Wulfenroth / Polizei: Aussage stützt sich auf die zitierten öffentlichen Unterlagen (Vorlage 42/2025, Bodenbericht, Nachtragsliste) — die Whistleblower-DM wird im Schriftsatz nicht erwähnt. Keine Bestätigung, keine Dementierung gegenüber Behörden.
4. Mandantin Belehrung: Keine Reposts oder Hinweise auf den Hinweisgeber. Keine Forderung nach "vollständiger Wahrheit" auf X (Streisand-Effekt).

## G. Mandantenwunsch und anwaltliche Empfehlung

Mandantin: "Wenn ich den Vermerk vom 18.02.2025 habe, dann ist 'bewusst schöngerechnet' doch belegt — oder?"

Antwort Kanzlei:

- Wenn die Stadt den Vermerk auf Antrag herausgibt: Ja, das stärkt die Tatsachenbasis erheblich (Tatsachenbehauptung "bewusst" wäre dann zumindest in Verdachtsberichterstattungsmaßstab gedeckt).

- Wenn die Stadt die Herausgabe verweigert: Es bleibt bei der gegenwärtigen Belegmappe (Vorlage + Bodenbericht + Nachtragsliste). Diese rechtfertigt schon eine Verdachtsberichterstattung, aber kein "bewusst".
- Empfehlung: Bis zur Antwort auf den Informationsfreiheitsantrag (frühestens 16.06.2026) keine Wiederholung der "bewusst"-Aussage in identischer Form; statt dessen "die Stadt hat in der Vorlage Risiken so dargestellt, dass ..." — wahrheitspflichtgemäß und ohne den juristischen Konfliktbegriff.

Datei: 18\_gegendarstellung\_und\_klarstellung\_entwurf.md

## 18 - Entwürfe Gegendarstellung, Klarstellung und Folgekommunikation

**Bearbeiter:** RAin Muster, Kanzlei Muster & Kollegen

**Stand:** 19.05.2026, 19:00 Uhr

**Inhalt:** Drei Textbausteine in zwei Varianten ("fest" / "deeskalierend"), zusätzlich Entwürfe für (a) Folgekommentar X, (b) modifizierte Unterlassungserklärung "Lackaffe" gegenüber Dr. Barcken & Voss, (c) Klarstellung in LinkedIn-Thread NovaWerk, (d) Eltern-Chat-Klarstellung, (e) HR-Statement HanseLicht, (f) Kurzantwort an die Lokalpresse

### A. Folgekommentar X — Variante "deeskalierend"

(Hinzufügen zum bestehenden Thread, kein Löschen des Ursprungspostings)

> "Zur Klarstellung: Mit 'bewusst schöngerechnet' meinte ich nicht eine private Vorteilsabsicht eines Einzelnen, sondern eine in der Vorlage 42/2025 angelegte Risikoeinstufung, die ich für politisch unzureichend gewichtet halte. Ich habe in keinem Fall Korruption oder Vorteilsnahme behauptet. Die Nachträge stehen aktuell bei rund 230.000 EUR netto."

### B. Folgekommentar X — Variante "fest"

> "Ich bleibe bei meiner Einschätzung, dass die Risikoeinstufung in der Vorlage 42/2025 die später entstandenen Nachträge in Höhe von rund 230.000 EUR nicht hinreichend abbildet. Ich behalte mir vor, die zugehörigen Unterlagen (Bodenbericht, Nachtragsliste) im Wege der Informationsfreiheit zu erfragen, um meinen Beitrag mit Belegen zu untermauern. Korruptionsvorwürfe enthält mein Beitrag nicht."

### C. Modifizierte Unterlassungserklärung (gegenüber Dr. Barcken & Voss)

(zu prüfen mit der Mandantin)

> "Ich, Clara Herbst, verpflichte mich gegenüber Herrn Eberhard Wulfenroth, die im Bürgerdialog vom 15.05.2026 in der Aula der Realschule Oberkrainbach getätigte Äußerung 'Lackaffe auf der Baustellenbühne' nicht zu wiederholen. Diese Erklärung erfolgt ohne Anerkennung einer Rechtspflicht, gleichwohl rechtsverbindlich, und ausschließlich für die konkret bezeichnete Wortwahl. Inhaltliche Kritik am Verfahren um das Bauprojekt Kultursteg am Mühlbach, insbesondere zur Kostenkalkulation, bleibt mir unbenommen. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung verspreche ich eine an einen vom Berechtigten zu benennenden, gemeinnützigen Empfänger im Bezirk Oberpfalz zu zahlende Vertragsstrafe von 1.500 EUR, deren Angemessenheit im Streitfall das Amtsgericht Regensburg überprüft."

## D. Klarstellung im LinkedIn-Thread NovaWerk

(als Antwort auf den eigenen Kommentar, nicht Löschung)

> "Klarstellung: Mit dem Vergleich 'Pinocchio des Monats' habe ich Frau Rupprecht keinen vorsätzlichen Lügenvorwurf machen wollen. Mein Punkt war: Die NovaWerk hat innerhalb von rund sechs Wochen drei unterschiedliche Liefertermine kommuniziert und mit dem Begriff 'Verlässlichkeit' geworben. Diesen Bruch zwischen Werbung und tatsächlicher Liefertreue halte ich für kritikwürdig. Soweit die Verzögerung durch externe Faktoren (Statikfreigabe) verursacht wurde, war meine Verkürzung in dieser Hinsicht missverständlich."

## E. Eltern-Chat-Klarstellung

(im Eltern-Chat 7b, kein Posting in der "Werning"-E-Mail)

> "Ich nehme die Formulierung 'absichtlich auflaufen' ausdrücklich zurück. Dass eine Lehrkraft das absichtlich tun würde, habe ich nicht beweisen können und nicht so gemeint. Meine Kritik bezieht sich darauf, dass im Unterricht andere Aufgabentypen geübt wurden als in der Klassenarbeit abgefragt. Diese organisatorische Kritik möchte ich aufrechterhalten."

## F. HR-Statement HanseLicht (für Mandantin als Vorbereitung)

> "Sehr geehrte Frau Brösel, sehr geehrter Herr Kallweit, > > ich bedaure die Wortwahl in der Kantine vom 13.05.2026 — die Bezeichnung 'tricksen' war zugespitzt und nicht angemessen. Hintergrund meiner Aussage war meine fachliche Wahrnehmung, dass zwischen den Excel-Versionen vom 02.05.2026 und 10.05.2026 Frachtkostenpositionen verschoben wurden, die für das Reporting des Einkaufs relevant sind. Diese Beobachtung möchte ich Ihnen gerne formell zur Klärung übergeben, am besten in einem Termin mit der Innenrevision und Beteiligung des Betriebsrates. Persönliche Vorwürfe gegen Herrn Kallweit habe ich nicht erhoben und werde sie auch nicht erheben."

## G. Antwort an Lokalpresse Rundschau Niederbayern (kurz)

(falls Frau Herbst auf Pressefrage reagiert)

> "Frau Herbst lässt mitteilen, dass sie die Kostenfrage zum Bauprojekt Kultursteg weiterhin offen hält und Belege im Wege der Informationsfreiheit erfragt. Persönliche Vorwürfe an Einzelpersonen — auch an den Bürgermeister — werden ausdrücklich nicht erhoben. Zu laufenden Verfahren äußert sich Frau Herbst nicht. Anfragen über die Kanzlei Muster & Kollegen, Oberkrainbach."

## H. Schulamts-Beschwerde — Skizze (nicht zur Versendung freigegeben)

> "Sehr geehrtes Schulamt, ich richte mich an Sie wegen einer Mathearbeit der Klasse 7b vom 13.05.2026 an der Theodor-Fontane-Gesamtschule. In der Arbeit wurden Aufgabentypen abgefragt, die nach unserer Wahrnehmung im Unterricht nicht hinreichend vorbereitet waren. Eine Beschwerde an die Schulleitung führte zu einer Drohung mit einem 'Hausverbot' gegenüber Erziehungsberechtigten, die sich kritisch in einem Eltern-Chat äußerten. Ich bitte um Prüfung, ob dies mit dem Mitwirkungsrecht der Eltern (Art. 65 BayEUG) vereinbar ist."

## I. Anwaltliche Risikoeinordnung

| Variante          | Risiko Eskalation | Risiko Reputationsschaden | Risiko Anerkenntnis |
|-------------------|-------------------|---------------------------|---------------------|
| A "deeskalierend" | gering            | mittel                    | gering              |

| Variante                    | Risiko Eskalation          | Risiko Reputationsschaden | Risiko Anerkenntnis  |
|-----------------------------|----------------------------|---------------------------|--|
| B "fest"                    | mittel                     | gering                    | sehr gering  |
| C modifizierte Unterlassung | gering                     | gering                    | gering (Klarstellung "ohne Anerkennung einer Rechtspflicht") |
| D LinkedIn-Klarstellung     | gering                     | sehr gering               | mittel (Verzicht auf Pinocchio)                              |
| E Eltern-Chat               | gering                     | sehr gering               | mittel   |
| F HR-Statement              | gering                     | sehr gering               | gering   |
| G Presstext                 | gering                     | gering                    | sehr gering  |
| H Schulamtsbeschwerde       | mittel (Hofbauer-Reaktion) | gering                    | keine  |

## J. Vorschlag für Reihenfolge der Schritte

1. Heute (20.05.2026): Eltern-Chat-Klarstellung (Variante E) absetzen.
2. Heute: Folgekommentar X (Variante A "deeskalierend") veröffentlichen; Ursprungsbeitrag nicht löschen.
3. Heute: LinkedIn-Klarstellung (Variante D) als Folgekommentar.
4. Morgen (21.05.2026): HR-Statement (Variante F) im Termin schriftlich übergeben.
5. Morgen: Antwort an Dr. Barcken & Voss mit modifizierter Unterlassungserklärung (Variante C) und Bitte um Fristverlängerung bis 27.05.2026.
6. Morgen: Antwort an Dr. Limmert (NovaWerk) mit modifizierter Erklärung "Pinocchio" und Hinweis, dass Widerruf nicht abgegeben wird.
7. 22.05.2026: Antrag auf Informationsfreiheit an Stadt Oberkrainbach.
8. 27.05.2026: Stellungnahme Polizei nach erfolgter Akteneinsicht (oder Schweigen, je nach Akteninhalt).



# CSV-Tabellen

Datei: 12\_zeitachse\_aeusserungen.csv

| Datum      | Uhrzeit | Ort                       | Äußerung   | Betroffene Person                 | Reichweite  | Belege   | Reaktion   | Charakter (Meinung/Tatsache/gemischt)      | Risiko (1-5) |
|------------|---------|---------------------------|--|-----------------------------------|---|--|--|--|--------------|
| 2026-05-06 | 21:13   | X                         | Stadt hat das Ding bewusst schön gerechnet             | Stadt Oberkrainbach/Bürgermeister | öffentlich 418 Follower (Repost-Welle 184 Likes)        | Ratsvorlage und Bodenbericht teilweise                           | Anwaltliches Schreiben Dr. Barcken & Voss vom 17.05.2026 | gemischt                                   | 3            |
| 2026-05-06 | 21:27   | X                         | Risiken so klein gerechnet bis der Rat ja sagen konnte | Verwaltung Oberkrainbach          | siehe Hauptpost   | Vorlage und Nachtragsliste                                       | keine separate Reaktion                                  | Meinung mit Tatsachenkern                  | 2            |
| 2026-05-06 | 21:34   | X                         | Belege: Vorlage 42/2025 Anlage 3 Seite Kostenrisiken   | Stadt Oberkrainbach               | siehe Hauptpost   | Vorlage 42/2025 (eigene Ausfertigung)                            | keine separate Reaktion                                  | Tatsachenbehauptung                        | 1            |
| 2026-05-09 | 18:02   | LinkedIn                  | Pinocchio des Monats                                   | Miriam Rupprecht (NovaWork GmbH)  | öffentlich unter Unternehmen - 187 Reaktionen Hauptpost | E-Mails 28.03., 12.04., 02.05.2026; mündliche Aussage ohne Beleg | Betroffene fordert Löschung; LinkedIn -DM 10.05.2026     | Wertung mit Tatsachenkern (= Lügenvorwurf) | 4            |
| 2026-05-13 | 12:20   | Kantine HanseLicht Bremen | Kallweit trickst die Zahlen zurecht                    | Thomas Kallweit                   | 4 unmittelbare Personen plus 2 Nachbarteilnehmer        | Excel-Versionen 02.05.2026 und 10.05.2026                        | HR lädt zum Gespräch (14.05.2026, 10:30 Uhr)             | Tatsachenkern (innere Tatsache)            | 4            |
| 2026-05-14 | 19:14   | Elternchat 7b             | Schulleitung pädagogisch komplett neben der Spur       | Schulleitung Theodor-Fontane-GS   | 23 Eltern, Screenshot bei Klassenlehrerin gelandet      | Mathearbeit und Elternbrief                                      | Klassenlehrerin mahnt Sachlichkeit (15.05.2026)          | Meinung                                    | 1            |



| Datum      | Uhrzeit | Ort                          | Äußerung   | Betroffene Person              | Reichweite                                       | Belege   | Reaktion  | Charakter (Meinung/Tatsache/gemischt)                      | Risiko (1-5) |
|------------|---------|------------------------------|--|--------------------------------|--|--|---|--|--------------|
| 2026-05-14 | 19:16   | Elternchat 7b                | Frau Werning lässt die Klasse absichtlich auflaufen  | Frau Werning (Klassenlehrerin) | 23 Eltern  | keine sicheren Belege                          | E-Mail Werning + Schulleitung; Hausverbots-Andeutung 15.05.2026   | Tatsachenebehauptung (innere Tatsache; später relativiert) | 4            |
| 2026-05-14 | 19:19   | Elternchat 7b                | Okay - absichtlich weiß ich nicht. Aber es wirkt so. | Frau Werning                   | 23 Eltern  | wie 19:16                                      | siehe oben  | Relativierung; Wertung                                     | 2            |
| 2026-05-15 | 19:48   | Bürgerversammlung Realschule | Lackaffe auf der Bühne ausstellen                    | Bürgermeister Wulfenroth       | ca. 110 Personen + Lokalblog + OK1-TV-Mitschnitt | Zeugen Klein/Wenig; OK1-Mitschnitt (angefragt) | Strafanzeige; Abmahnung; polizeiliche Anhörung 506 Js OWK 1187/26 | Wertung mit Verhaltensbezug                                | 3            |
| 2026-05-15 | 19:48   | Bürgerversammlung Realschule | Show statt Sacharbeit                                | Bürgermeister Wulfenroth       | wie oben   | Zeugen + Veranstaltungskontext                 | siehe oben  | Meinung  | 1            |